

# europa **ROT**

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 10 · Dezember 2012

## Eiszeit in Europa

Sozialabbau, Entsolidarisierung, Armut.  
Welche Wege führen aus der Krise?



**VON GABI ZIMMER  
UND ANDRÉ SEUBERT**

Wir schreiben das Jahr 5 der Krise. Armut steigt europaweit und die EU rutscht in eine schwere Rezession. Ein Gipfeltreffen der Regierenden im Europäischen Rat folgt auf den anderen, ohne die Krise zu lösen. Als einziges Lösungsmittel hat die Merkel-Regierung mit Unterstützung einiger reicher Länder eine einseitige Sparpolitik durchgesetzt, die sich in der Zwischenzeit als katastrophal erweist. Die Sparpolitik soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der krisengeschüttelten Länder verbessern. Drastische Kürzung von öffentlichen Ausgaben, die Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen und die »Schuldenbremse« für nationale Haushalte bilden den Kern. Agenda 2010 und Hartz-IV-Gesetze

dienen als Vorbild für Reformen der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme. In Deutschland haben diese sogenannten Reformen zur wachsenden Spaltung der Gesellschaft geführt. Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konnten die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung ihren Anteil am Privatvermögen in zehn Jahren von 43 auf 53 Prozent erhöhen. Die ärmsten 50 Prozent müssen einen Verlust ihres Anteils von vorher drei auf ein Prozent ertragen. Das Armutsrisiko ist auf 15,6 Prozent gestiegen. Der gewachsene Reichtum ist offensichtlich nicht von oben nach unten durchgesickert, wie von Neoliberalen versprochen. Die sinkende Arbeitslosigkeit beruht hauptsächlich auf der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dem Aus-

bau des Niedriglohnsektors. Heute müssen etwa 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Erwerbseinkommen mit staatlichen Zuschüssen aufstocken. Altersarmut ist vorprogrammiert, da die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung nicht ausreichen. Auch für Hartz-IV-Empfänger ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Steigende Energiepreise setzen Menschen mit geringem Einkommen zusätzlich unter Druck. Die Heizung bleibt im Winter kalt, um Geld zu sparen. Energiearmut betrifft besonders Menschen, die nicht direkt auf Sozialleistungen angewiesen sind, sondern gerade so über der Armutsrisikogrenze leben. Frauen und Kinder sind wieder die Hauptleidtragenden. Und dieses »deutsche Modell« dient jetzt als Vorbild in der EU.

Griechenland ist das bekannteste Opfer der Spekulationen gegen den Euro und der diktierten irrationalen Sparpolitik. Die Hilfszahlungen aus den Rettungsschirmen sind an strikte Sparprogramme gebunden, die von der Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF überwacht werden. »Gerettete« Länder verpflichten sich, öffentliche Ausgaben drastisch zu reduzieren. Staatliche Betriebe müssen veräußert und öffentliche Dienstleistungen liberalisiert werden. Dieses Konzept ist einseitig auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft ausgelegt, womit die Zerstörung von Arbeitnehmerrechten gemeint ist. Ohne die Erfüllung dieser Auflagen bekommt Griechenland keine Hilfsleistungen. An diesen Geldern verdienen Länder wie Deutschland noch durch die geforderten Zinszahlungen.



2012 Europäisches Parlament

## In Madrid protestieren Zehntausende gegen die falsche Sparpolitik.

Die Sparpolitik führt in der griechischen Gesellschaft zu unerträglichen Verwerfungen. Direkt vor Beginn der Krise, im Jahr 2008, hatte Griechenland eine Arbeitslosenrate von 7,7 Prozent. Diese Zahl ist auf ca. 21 Prozent gestiegen, eine Verdreifachung innerhalb von 4 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht ca. 54 Prozent. Mittlerweile sind 21,4 Prozent der Bevölkerung nach Erhalt von Sozialtransfers vom Armutsrisiko bedroht, sogar 23,7 Prozent der unter 18-Jährigen. Trotzdem müssen öffentliche Ausgaben wie Rentenzahlungen, Arbeitslosenversicherung und Sozialschutz rücksichtslos reduziert werden. Seit 2011 sind etwa 68.000 Klein- und mittelständische Unternehmen pleitegegangen, mit massiven Entlassungen als Folge. Die Troika fordert zusätzlich, bis zu 150.000 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen. Immer mehr Bedürftige müssen aus einem kleiner werdenden Topf versorgt werden, sodass Armut und Hoffnungslosigkeit um sich greifen. Die Selbstmordrate hat sich seit Krisenbeginn vervielfacht. Da wundert es kaum, dass die faschistische Partei »Goldene Morgenröte«, die von der Zukunftsangst und der als Demütigung empfundenen Politik der EU-Länder profitiert, von den Bürgerinnen und Bürgern derzeit zur drittstärksten Partei gewählt werden würde.

Das Gesundheitssystem steht nach radikalen Kürzungen vor dem Kollaps und Investitionen in öffentliche Bildung werden auf ein Minimum zurückgefahren. Unglaublich, aber Krebskranke mussten für dringende Behandlungen demonstrieren. Arbeitslose verlieren ihren Krankenversicherungsschutz. Es gab den Fall, dass eine Schwangere 15 Tage warten musste, bis sie einen Arzt fand, der ihr ohne Krankenversicherung einen abgestorbenen Fötus aus ihrem Körper entfernte. Solche Horrorgeschichten gehören inzwischen zum griechischen Alltag. Nur wer über ausreichend Privatvermögen verfügt, kann sich Gesundheit und Bildung noch leisten. Die Mittelschicht bricht langsam weg und der gesellschaftliche Zusammenhalt zerfällt. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in Spanien und Portugal beobachten, die ebenso in einer tiefen Rezession stecken. In Spanien übersteigen die Arbeitslosigkeit und das Armutsrisiko sogar die griechischen Verhältnisse. In Portugal wurden seit der Inanspruchnahme des Rettungsschirms etwa 237.000 Jobs zerstört. Trotz dieser bedenklichen Entwicklungen darf für notwendige Investitionen in Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme kaum Geld aufgebracht werden. Die dogmatisch angewandte neoliberale Umstrukturierung wird

nicht infrage gestellt, obwohl die betroffenen Staaten in einem Teufelskreis aus Rezession und steigenden Schulden versinken. Um noch einen daraufzusetzen, diskutieren die Regierungen jetzt über eine drastische Kürzung des EU-Haushalts. Betroffenen wären vor allem die Sozial-, Struktur- und Kohäsionsfonds, mit denen sozialer Zusammenhalt in der EU gefördert wird. Ein Europa der Solidarität wird zum Europa der Austerität. Deshalb brauchen wir einen Sozialpakt für Europa. Armut in all ihren Formen nimmt europaweit zu. Gute Arbeit mit europaweiten Mindestlöhnen ist wichtig zur Bekämpfung von Armut, ebenso Mindesteinkommen. Armut muss aber auf mehreren Ebenen bekämpft werden. Sozialleistungen müssen armutsfest und sanktionsfrei sein, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Ohne europaweite Mindeststandards in der Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik werden sich die Mitgliedstaaten gegenseitig unterbieten, zulasten der Unter- und Mittelschichten. Öffentliche Dienstleistungen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind nicht nur für die Bedürftigsten grundlegend, sondern eine Grundfrage für die Zukunft der Demokratie. Wenn wir die »Vererbung« von Armut verhindern wollen, müssen Kindern beste Startchancen gegeben werden,

um ihre Stärken zu entfalten. Unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Öffentliche Investitionen in sozial gerechte und nachhaltige Entwicklungen sind in Krisenzeiten wichtiger denn je. Das Öffentliche muss wieder zurück ins Zentrum unserer Gesellschaft. Geld wäre genug vorhanden, es muss nur besser »umfairteilt« werden. Eine Finanztransaktionssteuer wäre ein erster Schritt, um die Banken und Finanzspekulanten als Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. DIE LINKE lehnt auch eine »EU-Agenda 2010« entschieden ab. Merkel zwingt dieses Konzept EU-Ländern in schwerer Rezession auf, was einer wirtschaftspolitischen Geisterfahrt gleicht, die selbst im eigenen Lager kritisiert wird. Als Delegation DIE LINKE im Europaparlament stellen wir uns gegen die Mystifizierung der Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise und gegen die Stigmatisierung der »faulen« Griechen. Es ist unsere Aufgabe, Menschen über solche Vorurteile aufzuklären und Solidarität mit den notleidenden Ländern im Süden und in Osteuropa zu organisieren.

**Weiterlesen**

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)



# Solidarität statt Konkurrenz

VON THOMAS HÄNDEL

Europa droht in wirtschaftlicher Depression und sozialer Ungleichheit zu versinken. Die Arbeitslosenquote lag im August 2012 bei 10,5 Prozent und markiert damit den höchsten Stand seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft. Gerade junge Menschen sind von den Folgen der Krise weit überdurchschnittlich betroffen: Europaweit sind 22,7 Prozent, im krisengeschüttelten Griechenland gar mehr als die Hälfte aller jungen Menschen ohne Job. Rund 14 Mio. jungen Menschen unter 30 Jahren in Europa verwehrt man Zukunftsperspektiven und Lebenschancen.

Da reicht es nicht, Wachstum zu predigen, konjunkturstimulierende Programme aufzulegen und so weiterzumachen wie bisher. Bleibt es bei der bisherigen Politik, ist die Forderung nach einer »Wirtschaftsregierung« nicht mehr als ein neues Türschild für eine weitere neoliberale Institution – dann allerdings mit autoritäreren Möglichkeiten des »Durchregierens«.

Notwendig ist eine solidarische Europapolitik, die neue »Gute Arbeit« schafft, von der sich eigenständig und armutsfrei leben lässt. Notwendig ist die Entwicklung eines integrierten Konzepts demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa, das bestehende Elemente von Industrie- und Dienstleistungspolitik, von Struktur- und Kohäsionspolitik einschließt, auf ihnen aufbaut und sie in wesentlichen Teilen ergänzt. Notwendig ist ein »Marshallplan«, der auch die Reichen zur Finanzierung des Schuldenabbaus und der Zukunftsinvestitionen in die Gesellschaft heranzieht.

Die künftige Wirtschaftsentwicklung Europas darf nicht – wie von der S&D-Fraktion im EP gefordert – einer Task-Force aus der EU-Kommission überlassen werden. Betrachtet man die Ergebnisse der Troika-Politik in Irland, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, macht man damit den neoliberalen Bock zum Gärtner.

Heute müssen die Mitgliedstaaten der EU an ihre eigenen schriftlichen

Verabredungen erinnert werden: die Verpflichtung zur Sozialstaatlichkeit und langfristigen Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Auch das steht in den Verträgen. Das geht nur mit der grundlegenden Neudefinition europäischer Entwicklungsmodelle. Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Industriepolitik. Dabei darf es nicht um internationale Konkurrenzfähigkeit gehen. Dabei geht es um eine europäische Entwicklungspolitik, die auch die Länder Europas in die

Lage versetzt, Arbeit zu schaffen. Einige Länder werden wohl noch sehr lange auf Importe von Investitionsgütern angewiesen sein. Diese ohne Staatsverschuldung mit eigenen Einkommensquellen – Gütern und Dienstleistungen mit Handelsrespektive Marktpotenzial – zu finanzieren, wäre die Aufgabe einer integrierten und solidarischen europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik. Und das geht nur mit einer Neubegründung Europas und erheblich mehr Demokratie.



# Wege aus der Schuldenfalle – Perspektiven statt Schuldzuweisungen

VON JÜRGEN KLUTE UND HANNA PENZER

Markus ist Dachdecker und kommt gut über die Runden. Nach der Geburt des zweiten Kindes ist ein größeres Auto fällig, der Händler nebenan macht ihm ein günstiges Finanzierungsangebot. Nach einem Unfall plagen Markus Schwindelanfälle. An Ziegelverlegen ist nicht mehr zu denken. Die Autobank pocht trotzdem auf fristgerechte Ratenzahlungen.

Irini ist Lehrerin. Sie hat ein Haus in ihrem Heimatdorf geerbt. Um ihre Geschwister auszubezahlen, hat sie einen Kredit aufgenommen. Mit der Rückzahlung ihrer Hypothek kommt sie schnell in Verzug, nachdem der Staat ihr Gehalt um 20 Prozent kürzen musste.

Wie Markus und Irini sind immer mehr Menschen in Europa von Überschuldung bedroht. Die Ursachen können ganz unterschiedlich sein: irreführende Werbung oder schlechte Beratung der Banken, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder andere persönliche Schicksalsschläge. Immer

häufiger ist es aber auch der Verlust der Arbeitsstelle, der geplatzte Traum von der Selbstständigkeit oder Kürzungen bei Gehältern oder Renten, die Europäer in die Schuldenfalle treiben.

In Griechenland, wo die Krise bisher am stärksten zugeschlagen hat, ist heute jeder dritte Verbraucher mit der Abzahlung eines Kredits im Rückstand. Jeder fünfte Grieche muss gar um sein Haus zittern, weil er seine Hypothek seit drei Monaten oder mehr nicht bedienen konnte.

Aus Sicht der Betroffenen sind kurzfristige Lösungen nötig, um das Abgleiten aus der Gesellschaft zu verhindern. Der Zugang zu Grundbedürfnissen – Wohnraum, Energie, Wasser – muss durch entsprechende rechtliche Rahmen geschützt werden. Zu einem großen Problem kann aber auch die Sperrung oder das Schließen des persönlichen Girokontos werden. Denn ohne Bankverbindung wird der Abschluss von Telefon-, Miet- oder Arbeitsverträgen schnell zu einer unüberwindlichen Hürde!

Die EU-Kommission wollte Banken bereits vor zwei Jahren verpflichten, jedem Verbraucher, ob arm, reich oder verschuldet, ein Bankkonto zu fairen Konditionen anzubieten. Deutschland, Österreich und die osteuropäischen Mitgliedsländer haben genau das jedoch verhindert, um ihre Banken vor »lästiger Kundschaft« zu schützen. Mit einer breiten Mehrheit hat sich das Europaparlament im Juli 2012 hinter unser Konzept für die gezielte Stärkung des Verbraucherrechts gestellt. Die Kommission will nun 2013 einen neuen Anlauf wagen. Wollen wir aber einen sozialen Flächenbrand verhindern, darf die EU keine unnötige Zeit verlieren, um Verbrauchern den Rücken zu stärken. Europa muss aber auch seinen wirtschaftspolitischen Kurs korrigieren und gute Arbeit statt



Dauer-Prekarität zur Priorität machen. Wer am Boden liegt, braucht Perspektiven, keine Schuldzuweisungen.

## Weiterlesen

Weitere Texte und Informationen finden Sie im Internet unter: [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) oder bei [juergen-klute.eu](http://juergen-klute.eu)

# Wenn die Wohnung dunkel bleibt

Das Profitstreben der Energieversorger führt Hunderttausende Menschen in Energiearmut

VON SABINE WILS

Immer mehr Menschen können sich die Stromversorgung in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr leisten. Der Bund der Energieverbraucher erwartet für das Jahr 2012 bis zu 800.000 Stromsperrern, weil diese Haushalte die Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Offizielle Statistiken gibt es weder über die tatsächliche Zahl der Stromsperrern noch über die soziale Struktur der Haushalte. Das Massenphänomen hat einen Namen: Energiearmut.

Gründe, warum Menschen die Stromrechnung nicht mehr zahlen können, sind vielfältig. Meist trifft es Menschen, die am Existenzminimum leben. Die Strompreise sind seit 2005 um ca. 45 Prozent gestiegen. Für diese Kostenexplosion sollen nach Meinung der Energiekonzerne die erneuerbaren Energien verantwortlich sein. Tatsächlich sind die Strompreise bei sinkenden Börsenstrompreisen für die Industrie drastischer gestiegen als die EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)-Umlage.

Gleichzeitig sind die Einkommen nicht ansatzweise mitgewachsen. Der Ansatz für Energieversorgung im Hartz-IV-Regelsatz beispielsweise liegt gegenwärtig bei 30,40 Euro, 2005 betrug er 25,93 Euro. Die rea-

len Stromkosten haben sie aber fast nie gedeckt. Gleichzeitig haben Menschen mit geringem Einkommen kaum die Möglichkeit, sich neue Strom sparende Geräte anzuschaffen.

BezieherInnen dieser desaströs niedrigen Leistungen haben am Ende keine Wahl. Sie können ihre Rechnung nicht mehr bezahlen. Ab 100 Euro Stromschulden können die Energieversorger nach entsprechender Ankündigung dann den Stromzugang sperren. Ist der Strom einmal gesperrt, fällt der Kühlschrank aus, die Waschmaschine geht nicht mehr und warmes Essen kann zu Hause auch nicht mehr zubereitet werden. Ohne Strom können viele existenzielle Bedürfnisse des Menschen in der heutigen Gesellschaft nicht mehr gedeckt werden.

Die Bundesregierung hat die Strompreisaufsicht der Bundesländer 2007 als Folge der EU-Strommarktliberalisierung abgeschafft. Deswegen können sich die Energiekonzerne im Endkundengeschäft hemmungslos Sonderprofite organisieren. Der Druck möglicher Stromanbieterwechsel auf den Strompreis für Endkunden hat sich derweil als Illusion erwiesen.

DIE LINKE. im Europäischen Parlament fordert ein Konzept zur wirk-

samen Beaufsichtigung und Regulierung des Endkundenbereichs. Die Extraprofite der Energiekonzerne auf Kosten der Verbraucher müssen verhindert und Stromsperrern aufgrund von Zahlungsunfähigkeit verboten werden. Das EU-Recht schreibt ausdrücklich vor, dass die Mitgliedstaaten schutzbedürftige Verbraucher angemessen vor dem Ausschluss der Stromversorgung schützen sollen.

Die Versorgung mit bezahlbarer Energie ist aus Sicht der LINKEN Grundrecht. Wenn Hunderttausende Menschen von der Energieversorgung ausgeschlossen werden, ist dies inakzeptabel.

## Warum Kulturförderung und »soziales Europa« zusammengehören

VON LOTHAR BISKY UND NORA SCHÜTTPELZ

Zugang zu Kultur, einschließlich Bildung und Information, ist eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts: Er entscheidet über die Entwicklungs- und Teilhabechancen von Menschen und Gesellschaften. Kultur ist auch, vielleicht vor allem: das Fragen nach der Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, ihrer Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren Erzählungen. Öffentliche Debatten beginnen oft in Theatern, Ausstellungsräumen, in Sub-, Jugend- oder Protestkulturen. Kulturelles Erbe, Bibliotheken, bildende und darstellende Künste, audiovisuelle klassische und digitale Medi-

en, Architektur, Kunsthandwerk usw. sind Bestandteil von Identitäten und Selbstbewusstsein von Menschen und Regionen.

Je länger die Krise in der EU anhält, desto häufiger werden auf höchster Ebene die gemeinsamen kulturellen Werte und das europäische Sozialmodell beschworen. Dennoch wird der Rotstift oft zuerst bei Kultur- und Bildungsförderung angesetzt. Im Verein mit anderen »Nettozahlerländern« in der EU will die deutsche Bundesregierung beim EU-Haushalt massive Einschnitte durchsetzen und setzt gleichzeitig auf Schuldenbremsen. Das Europaparlament steht derart kurzfristigen Kürzungsplänen er-

freulicherweise bisher mit großer Mehrheit entgegen, betreffen sie doch neben der EU-Regionalförderung auch die europäischen Kultur- und Bildungsprogramme. Leidtragende wären besonders die Bundesländer, da ihnen ein Großteil der konkreten Kultur- und Bildungspolitik obliegt, sowie diejenigen EU-Staaten, die am meisten unter der Krise leiden. Auch Programme wie der Studentenaustausch (Erasmus), die europäische Filmförderung (Media) oder kleinere Initiativen wie der LUX-Filmpreis des Europaparlaments wären gefährdet. Während Kultur als öffentliches Gut an sich Förderung verdient und nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien behandelt werden darf, sind kulturelle Güter natürlich oft gleichzeitig handelbare Waren und Dienstleistungen. Dort, wo Menschen mit künstlerischer Tätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, gibt es ähnliche Probleme wie in anderen Arbeitsmarktfeldern. So gehören die Kreativindustrien zwar zu den am schnellsten wachsenden Branchen

in Europa und machen immerhin 4,5 Prozent des BIP und 3,8 Prozent der Erwerbstätigen in der EU aus. Die Beschäftigungsverhältnisse sind jedoch oft prekär: Lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, mangelnde Aufstiegschancen, geringe Jobsicherheit und unfreiwillige (Schein-)Selbstständigkeit gehören zum Alltag, das Heer der Arbeitsuchenden in diesen Berufen wächst, sodass sich ein »Informationsarbeiterproletariat« bildet. Ist der Wunsch nach einem sozialen Europa in kultureller Vielfalt ernst gemeint, muss es also in den kommenden Jahren unter anderem darum gehen, EU-weit gute Rahmenbedingungen im Steuer-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Urheberrecht zu entwickeln, die kulturelle Produktivität und Kreativität nachhaltig gewährleisten.

Weiterlesen

[www.lotharbisky.de](http://www.lotharbisky.de)

# Die Krise der EU und das Elend mit der Rechtsgrundlage: ein Lehrstück

VON HELMUT SCHOLZ  
UND NORBERT  
HAGEMANN

Demokratieabbau auf dem Wege der Umgehung bestehenden Rechts und per Austeritätspolitik betriebene soziale Demontage sind zwei Seiten derselben Medaille. Diesen Zusammenhang kennen wir aus den nationalen Debatten um linke Alternativen in und für Europa. Dass nationale Regierungen von Deutschland bis Zypern analoge Prozesse auch auf europäischer Ebene vorantreiben, ist bisher weitgehend unbeachtet und undiskutiert geblieben. Sich bei der Lösung der Krisen ihrer eigenen Politik des Rechts wie in einem Steinbruch zu bedienen, und das frei nach dem Motto: »Ich nehme mir das, was mir gerade nutzt, es wird schon keiner merken!«, ist heute fast schon Standard aufseiten der nationalen Regierungen.

Ein Beispiel hierfür ist auch der Fiskalvertrag, mit dem sich 25 Mitgliedstaaten der EU auf eine möglichst unwiderrufliche Einführung einer Schuldenbremse und auf sich fast automatisch auslösende Korrektur- und Sanktionsmechanismen bei Vorgabenverletzungen geeinigt haben. Diese vor allem aus der Feder der deutschen Bundesregierung stammenden Regelungen haben vom Bundesverfassungsgericht aus nationaler Sicht zwar ihr Placet bekommen, damit sind sie aus Sicht des europäischen Rechts aber noch lange nicht rechtens. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, welches Professor Fischer-Lescano im Auftrag der LINKEN im Europäischen Parlament angefertigt hat. Worin besteht dieser Rechtsbruch? Vor dem Hintergrund der Verweigerung aus London und Prag haben die Bundesregierung und der Europäische Rat mit dem zwischenstaatlichen Fiskalvertrag einen Weg beschritten, der

die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments in der Sache aushebelt. So bedient er sich für die Exekution der Vertragsgegenstände der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofs und erweitert hierfür deren im Lissabon-Vertrag fixierte Kompetenzen. Dieses ist aber nur auf dem Wege eines ordentlichen Vertragsänderungsverfahrens unter Beteiligung des Europäischen Parlaments möglich. Auch andere Wege, dieses Problem aus Sicht der Regierenden zu lösen, enden juristisch an dem Erfordernis einer Beteiligung des Europäischen Parlaments. Damit dürfen in der Konsequenz die über den Fiskalvertrag eingebundenen europäischen Institutionen solange in seinem Kontext nicht agieren, wie die ordentlichen Verfahren nicht absolviert sind. Daneben verletzt der Fiskalvertrag bestehendes europäisches Recht dahingehend, dass er die per Lissabon-Vertrag geschützten und jenseits von fiskalpolitischen Zielen liegenden sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele und Interessen in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten strukturell dem absoluten Primat der Austeritätspolitik unterordnet. Das politische Fazit dieses Lehrstücks lautet: Die Verhinderung der Politik des Fiskalvertrags erfordert auch das Ausloten konkreter Wege zur ihrer rechtlichen Verhinderung auf europäischer Ebene.

## europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

### Unsere Themen:

- Juli 2011: Wirtschaftsregierung – sparen, sparen, sparen, bis nichts mehr übrig bleibt
- November 2011: Vom Hunger der Welt
- März 2012: Tritt ein, bring Geld herein!



Sie haben eine Ausgabe verpasst? Alle vorherigen Ausgaben von europaROT sowie die aktuelle Ausgabe und weitere Informationen finden Sie hier: einfach diesen Code mit Ihrem Smartphone scannen!

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: [dielinke.presse@europarl.europa.eu](mailto:dielinke.presse@europarl.europa.eu)

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

**europaROT**  
DIE LINKE im Europaparlament Ausgabe 8 • März 2012

### Tritt ein, bring Geld herein!

Die EU – »Geeint in Vielfalt« oder soziale Auslese?

Liebe Leserinnen und Leser, »Herzlich willkommen! Es gibt keinen schöneren Gruß, um sich wohlzufühlen, sei es bei Freunden, zu Hause oder im Ausland. Die EU gewährt jedoch längst nicht allen einen herzlichen Empfang. Seit Jahren rüstet sie an ihren Außengrenzen mächtig auf, um Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperrern. Dabei hat sich die Europäische Union das Motto »Geeint in Vielfalt« auf die Fahnen geschrieben. Geeint? In Vielfalt? Die Europaabgeordneten der LINKEN haben sich den Slogan in der vorliegenden Ausgabe der europaROT genauer angesehen und meiners Wirtschaftlicher Nutzen hat in der EU in ihrer jetzigen Form Vorrang vor kultureller Vielfalt, Solidarität, Toleranz und Einigkeit. In ihrem Artikel beschreibt Cornelia Ernst, wie von vielen Politikern immer wieder der Notfallgerufen wird, um die Verbarrikadierung an den Außengrenzen der EU zu rechtfertigen. Ob es sich dabei überhaupt um einen Notfall handelt, bleibt offen. Dass die EU keine Zeit verliert, um aus der veränderten politischen Situation in Nordafrika – wortwörtlich – Kapital zu schlagen, zeigt Sabine Lösing in ihrem Beitrag auf. Gute Nachbarschaftspolitik sieht anders aus. Sprachliche, religiöse oder kulturelle Minderheiten sind nicht überall willkommen, sondern von jehet Ziel-scheibe von Ausgrenzung und Fremdenhass. Ein Beispiel hierfür sind die Kurden. Ihnen widmet Jürgen Klute seinen Beitrag. Rassistische Töne sind auch im EU-Parlament zu vernehmen. Dort gibt es eine nicht zu unterschätzende Anzahl nationalistischer und rechtsextremer Abgeordneter, die mit populistischen Parolen vor einer »Verwässerung der Völker Europas warnen. Gabi Zimmer nennt hierfür Beispiele. Sicherlich haben Sie davon gehört, dass die Demokratie in Ungarn auf der Kippe steht. Helmut Scholz er-klärt die aktuelle Situation im Land und die Reaktionen der EU-Kommission. Während die Industriestaaten Hauptverursacher des Klimawandels sind, leiden weltweit besonders die Armen unter dessen Folgen. Sabine Wils erklärt, wieso immer mehr von ihnen deshalb auf der Flucht sind. Migration findet selten freiwillig statt. Das zeigt auch Thomas Händels Artikel über Arbeitsmigration inner- und außerhalb der EU. Fragen Sie sich jetzt, wie es angesichts all dessen weitergehen kann mit dem europäischen Gedanken von Frieden und Solidarität? Lothar Bisky geht in seinem Beitrag genau dieser Frage nach. Wir bedanken uns für Ihr Interesse und freuen uns über Ihre Rückmeldung!



500.000 Sinti und Roma fielen dem Völkermord der Nationalsozialisten zum Opfer.

## Warten auf Anerkennung – der Holocaust an den Sinti und Roma

### VON CORNELIA ERNST UND MANUELA KROPP

Nach über 20 Jahren Kämpfen und Überzeugungsarbeit hat es der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma endlich geschafft: Am 24. Oktober 2012 wurde in Berlin das Holocaust-Denkmal zur Erinnerung an die ermordeten Sinti und Roma eingeweiht. Die Organisation der Einweihungsfeier geriet etwas durcheinander, denn aus der ganzen Republik reisten mehr Überlebende an als erwartet, um an dieser so wichtigen Feier teilzunehmen.

Ebenso wie die Juden waren Sinti und Roma im 20. Jahrhundert Ziel von rassistischer Verfolgung und schließlich fielen sie dem Völkermord der Nationalsozialisten zum Opfer. 500.000 Sinti und Roma wurden ermordet. Das Ziel der Nationalsozialisten war die Schaffung

eines Europa, das nicht nur frei von Juden sein sollte, sondern auch frei von Roma. Betroffen waren vor allem die in Deutschland lebenden Sinti ebenso wie Roma aus allen Teilen des besetzten Europa, von Frankreich über Russland bis nach Griechenland.

Die Nürnberger Gesetze wurden in gleicher Weise auf Sinti und Roma angewandt wie auf jüdische Menschen: Ihnen wurden schlicht die Bürgerrechte aberkannt.

In Deutschland, Österreich und Polen wurden die Angehörigen der Sinti und Roma zunächst in Lagern gesammelt, später in die Gettos und Konzentrationslager in Polen deportiert und dort grausam ermordet.

Die späte Anerkennung der Tatsache, dass sich der Holocaust auch gegen Sinti und Roma richtete, ver-

hinderte nicht nur die rechtzeitige Entschädigung der Opfer, sondern auch die Aufarbeitung des Geschehenen. Dadurch wurden die Überlebenden nach 1945 ein weiteres Mal traumatisiert.

Die Verfolgung von Sinti und Roma und deren massenweise Ermordung gleicht in allen entscheidenden Aspekten dem Völkermord an den Juden: Sie entsprang derselben Rassenideologie und wurde als offizielle staatliche Politik mit der gleichen systematischen und fatalen Konsequenz durchgeführt.

Die Bundesrepublik hat sich lange geweigert, den organisierten Völkermord an Sinti und Roma anzuerkennen. Erst 1982 wurde dieser Genozid völkerrechtlich verbindlich durch Kanzler Helmut Schmidt anerkannt und 1985 dann durch den Bundestag. Allerdings war man bis Ende der

1970er-Jahre der Auffassung, dass Sinti und Roma von den Nazis zu Recht als Kriminelle verfolgt worden waren.

Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn die Europäische Union als Ganzes den Holocaust an den Sinti und Roma anerkennen würde. Dafür kämpfe ich seit Jahren gemeinsam mit einigen Europaabgeordneten.

### Weiterlesen

»Roma: Es ist Zeit zu handeln«, Broschüre zu bestellen bei:  
[cornelia.ernst@europarl.europa.eu](mailto:cornelia.ernst@europarl.europa.eu)  
Telefon: 0032 228 47660

Weitere Texte und Informationen finden Sie im Internet unter: [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

# DIE LINKE. im Europaparlament

## Gabi Zimmer

Vorsitzende der  
GUE/NGL-Fraktion

Stellvertreterin im  
Ausschuss für Beschäftigung  
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin  
für Thüringen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F155  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45101  
gabrielle.zimmer@europarl.europa.eu  
www.gabi-zimmer.de



## Thomas Händel

Sprecher der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für  
Beschäftigung und soziale An-  
gelegenheiten; Stellvertreter  
im Ausschuss für Wirtschaft und  
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,  
Baden-Württemberg und  
Saarland**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F259  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45658  
thomas.haendel@europarl.europa.eu  
www.thomas-haendel.eu



## Lothar Bisky

Stellvertretender Vorsitzender  
im Ausschuss für Kultur und  
Bildung

**Ansprechpartner  
für Berlin  
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F357  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45834  
lothar.bisky@europarl.europa.eu  
www.lothar-bisky.de



## Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für bürger-  
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;  
Stellvertreterin im Ausschuss für  
regionale Entwicklung; Stellvertre-  
terin im Ausschuss für die Rechte  
der Frau und die Gleichstellung  
der Geschlechter

**Ansprechpartnerin für Sachsen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F154  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45660  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu  
www.cornelia-ernst.de



## Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-  
schaft und Währung; Stellvertre-  
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für  
Nordrhein-Westfalen und  
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F254  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45655  
juergen.klute@europarl.europa.eu  
www.juergen-klute.eu



## Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten;  
Unterausschuss für Sicherheit  
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für  
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45894  
sabine.loesing@europarl.europa.eu  
www.sabine-loesing.de



## Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-  
tionalen Handel; Stellvertreter  
im Ausschuss für auswärtige  
Angelegenheiten; Ausschuss für  
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für  
Mecklenburg-Vorpommern  
und Brandenburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F243  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45893  
helmut.scholz@europarl.europa.eu  
www.helmut-scholz.eu



## Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für  
Umweltfragen; Stellvertreterin im  
Ausschuss für Verkehr und Frem-  
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,  
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F247  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45644  
sabine.wils@europarl.europa.eu  
www.sabine-wils.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT